№ 107. Morgen-Ausgabe. Berlin. Freitag, 28. Februar 1913.

Vossische Zeitung

Begründet 1704.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Rubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste S. 229), für Gross Berlin bei allen Zeitungsspediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungsspediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschl. Bestellgebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellengesuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und „Für Reise und Wanderung" 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf., im übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamerstr. 134 a, W 50. Tauentzienstr. 7., W. 62. Lutherstr. 21., S. 14. Neue Roßstr. 18., O. 27. Holzmarktstr. 13.

Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1255., 1543., 7462., 7990., für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640., 10 641.

Im Verlage Vossischer Erben. Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9., Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils) Hermann Bachmann in Berlin.

Getrübte Hoffnungen.

Neue Wolken.

Eben erst hat Europa unter der Wirkung der friedenverheißenden Botschaften aus Wien und Petersburg aufzuatmen begonnen, und schon wieder fährt ein rauher Wind über den Weltteil hin. Die panslawistische Partei an der Newa, die endgültig in ihre Schranken zurückgewiesen schien, ist offenbar tatsächlich noch lange nicht entwaffnet; beinahe scheint es, als wolle sich das Schauspiel von 1877 wiederholen und die von einem Großfürsten — damals hieß er Alexander, heute Nikolaj Nikolajewitsch — geführte allslawische Partei die friedlichen Absichten des Zaren über den Haufen werfen und diesen selbst in Abenteuer hineinreißen, denen er innerlich aufs stärkste widerstrebt.

Hochbedenkliche Nachrichten kommen aus Belgrad. Die Serben senden auf Veranlassung der russischen Kriegspartei 30 000 Mann mit allem, was für den Sturm auf eine Festung nötig ist, an die Adria, um für die Montenegriner, die dazu aus eigener Kraft nicht imstande sind, Skutari zu erobern. Oesterreich und Italien warnten die Montenegriner, als diese den ersten großen Sturm auf Skutari unternahmen, vor nutzlosem Blutvergießen; man ließ den König nicht im unklaren darüber, daß Skutari unter keinen Umständen an Montenegro fallen könne. Der König und seine Leute ließen es sich nicht gesagt sein. Oesterreich und Italien — das sind die einen, und die russische Kriegspartei — das sind die anderen. Montenegro hat die Hoffnung auf Rußland nicht aufgegeben. Und in der Tat, die Russen kommen zu Hilfe, indem sie die Serben veranlassen, mit verhältnismäßig großer Truppenmacht an der Seite der Montenegriner vor Skutari zu erscheinen.

Die nahezu schon im Schwinden begriffene Gefahr europäischer Verwicklung taucht so plötzlich von neuem auf. Oesterreich ist bisher Schritt um Schritt zurückgewichen. Als die Serben Miene machten, in den Sandschak einzumarschieren, rührte sich Oesterreich nicht. Das Wiener Auswärtige Amt ließ durch seine Presse erklären, in erster Linie sei es Sache der Türkei, den Sandschak zu schützen, Oesterreich komme erst in zweiter Linie. Aber Oesterreich kam auch in zweiter Linie nicht, sondern blieb — allerdings unter Verstärkung seiner Rüstung — ruhig daheim. Als die Serben sich anschickten, in albanesisches Gebiet einzurücken, ließ Oesterreich sie wissen, daß solcher Vorgang die habsburgische Monarchie sehr unliebsam berühren werde. Die Serben kümmerten sich nicht darum, sondern taten, was sie für gut fanden. Als eine serbische Kolonne sich der Adria näherte, teilte Oesterreich in Belgrad mit, daß eine Festsetzung Serbiens an der Adria nicht geduldet werden würde. Doch wie geduldig Oesterreich trotzdem ist, ergibt sich daraus, daß die Serben nun schon vier Monate an der Adria sitzen und nun neue bedeutende Streitkräfte dorthin entsenden. In der Frage der albanesischen Grenzen gab Oesterreich so weit nach, daß der ursprüngliche österreichische Vorschlag kaum noch wiedererkennen ist. Alle Achtung vor Oesterreichs Friedensliebe und vor seiner Rücksicht auf das europäische Ruhebedürfnis! Wer da etwa rufen wollte: „Achtung auf Oesterreich, die Dampfwalze kommt!", würde sicher unrecht tun. Und trotz alledem: die russische Kriegspartei arbeitet auf die Zerreißung des dünnen Drahtes hin, der durch die beiden kaiserlichen Handschreiben zwischen Wien und Petersburg gezogen wurde.

„Man kann sich ungefähr vorstellen," — so schrieben wir am 19. Oktober — „wie es innerhalb des Familienkreises am Petersburger Hofe zugeht. Zarte Damenhände spinnen die Balkanfäden in den Gemächern des russischen Kaiserschlosses. Weibliche Sachwalter für die Balkanstaaten sind reichlich vorhanden." Wir zählten sie alle auf, die Balkandamen am russischen Hofe, die alle nur die eine Frage kennen: „Wie kann der Zar am sichersten und wirksamsten für die Balkanvölker gewonnen werden?" Sind sie endlich so weit? Fast könnte es scheinen. Die Damen und ihre männlichen Affiliierten, ob sie nun Ehemänner oder dunkle Ehrenmänner oder panslawistische Ideologen sind. Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh hat dieser Tage hoffnungsvolle Aeußerungen getan. Das Blatt des Wiener Auswärtigen Amtes schränkte die Hoffnungsfreudigkeit alsbald beträchtlich ein. Darüber ist ein Streit in Wien entstanden. Bald muß es sich zeigen, was mehr berechtigt war: die Hoffnung oder ihre Eindämmung. Trotz dem neuesten Zwischenfall und den Gefahren, die er in sich birgt, braucht nach unserer Meinung die Hoffnung auf einen guten Ausgang noch nicht aufgegeben zu werden.

Der Draht meldet:

Wien, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Von hervorragender eingeweihter Seite, die, obwohl sie dem hiesigen Ministerium des Auswärtigen ganz fern steht, einen tiefen Einblick in die diplomatische Geheimgeschichte der letzten Wochen hat, erfährt Ihr Korrespondent:

Die russische Kriegspartei, an deren Spitze Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch steht, hat die serbische Regierung veranlaßt, in Saloniki 30 000 Mann Serben mit 12 Belagerungsgeschützen und 24 Mörsern einzuschiffen und in Alessio, Durazzo und Medua landen zu lassen. 10 000 Mann sind bereits auf griechischen Handelsschiffen einbarkiert und auf dem Wege nach Durazzo. Dreißig andere griechische Schiffe werden in den nächsten Tagen die übrigen 20 000 Mann serbischer Truppen aufnehmen. Die Expedition ist bestimmt, Skutari einzunehmen und dadurch eine neue Situation zu schaffen, die die Frage der Abgrenzung Albaniens, die immer noch nicht vom Fleck will, verwickeln und den **russisch-österreichischen Gegensatz von neuem verschärfen** soll.

Als Prinz Hohenlohe mit dem Handschreiben Kaiser Franz Josefs in Petersburg empfangen wurde, war die russische Kriegspartei bestürzt über den überaus günstigen Eindruck, den der Inhalt des Schreibens auf Kaiser Nikolaus machte. Deshalb eilte die **Großfürstin Militza Nikolajewna**, Tochter des Königs von Montenegro, nach Cetinje, um dort zu bewirken, daß ein energischer Angriff auf Skutari unternommen werde. Die Festung müsse erobert werden, da sonst der Zar einwilligen würde, daß Skutari albanesisch bleibe. Gleichzeitig wurde nach Belgrad die Weisung gegeben, Montenegro von Durazzo aus beim Generalsturm auf Skutari zu unterstützen. Serbien gehorchte und nahm an dem Sturm am 7. Februar teil, der jedoch bekanntlich von dem Befehlshaber Skutaris, General Hassan Riza Bey, unter großen Verlusten der Belagerer abgeschlagen wurde. Jetzt soll **ein zweiter großer Sturm erfolgen, damit die österreichisch-russische Entspannung verhindert werde.** Diese von der russischen Kriegspartei angeordneten militärischen Operationen in großem Stile wurden beschleunigt, weil bekannt wurde, daß nach Ueberreichung des Antwortschreibens des Zaren an Kaiser Franz Josef ein **Vorschlag des österreichischen Hofes** zur beiderseitigen Abrüstung an der russisch-österreichischen Grenze in Petersburg angelangt war. Zar Nikolaus hat auf diesen Vorschlag mit einem einwilligenden Telegramm an Kaiser Franz Josef und an den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand geantwortet. **Diese freundschaftliche Stimmung zwischen dem Wiener und dem Petersburger Hofe soll nun durch die Erstürmung von Skutari und das Erscheinen eines serbischen Expeditionskorps in Nordalbanien auf eine neue Belastungsprobe gestellt werden.**

In der Frage der Abgrenzung Albaniens ist Rußland dem österreichisch-ungarischen Vorschlag bisher in keiner Weise entgegengekommen. Alle Meldungen, daß Rußland zugestimmt habe, daß Skutari albanesisch bleibe, sind unrichtig. Die bevorstehende Landung von drei serbischen Divisionen an der albanesischen Küste zeigt, wie voreilig es wäre, von einer bereits eingetretenen vollständigen Klärung der Lage auf dem Balkan zu sprechen.

Obige Meldung findet — teilweise wenigstens — Bestätigung durch das nachfolgende Telegramm:

Die serbische Hilfe für Montenegro.

Belgrad, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) **Hier verlautet, daß in den nächsten Tagen aus Nisch schwere Geschütze nach Skutari über Saloniki—Durazzo abgehen sollen sowie daß der serbische General Bojowitsch, der als Sachverständiger den serbischen Friedensunterhändlern in London zugeteilt war, das Kommando über die serbischen Truppen vor Skutari übernimmt.**

Belgrad, 27. Februar. Der bulgarische General Paprikow ist hier eingetroffen. In politischen Kreisen verlautet, daß sein Aufenthalt in Belgrad mit einer ausschließlich militärischen Sendung in Verbindung stehe.

Die Abgrenzung Albaniens.

London, 27. Februar. Das Reutersche Bureau erfährt aus diplomatischen Quellen, daß die Lage hinsichtlich Albaniens augenblicklich die folgende ist: Obgleich ein Einverständnis unter allen Mächten über die Hauptfragen der Abgrenzung Albaniens in Aussicht steht, macht es doch die Fortsetzung des Kriegszustandes und besonders die Kriegslage bei Skutari augenblicklich sehr schwierig, endgültige und formelle Entscheidungen zu treffen. Sobald der Friede einmal geschlossen ist, werden die Erörterungen dieser letzten Wochen und die dabei gemachten Vorschläge, die schon eine wesentliche Entspannung herbeigeführt haben, wahrscheinlich sofort zu einer freundschaftlichen Regelung führen. Trotz des Geistes der Versöhnlichkeit und der Solidarität, von dem die Mächte bei diesen Verhandlungen Beweis gegeben haben, darf man nicht erwarten, daß die grundsätzliche Uebereinstimmung hinsichtlich bestimmter Teile von Albanien sich in formelle und entscheidende Verabredung umsetzen wird, bevor die Lage, welche durch die Fortsetzung des Krieges geschaffen ist, einen weniger unsicheren Charakter angenommen haben wird.

Die Botschafterkonferenz.

London, 27. Februar. Unterstaatssekretär Nicolson und die Botschafter traten heute nachmittag im Auswärtigen Amt wieder zu einer Besprechung zusammen. Die Konferenz, die nicht formellen Charakter trug, fand unter dem Vorsitz des ständigen Untersekretärs im Auswärtigen Amte, Sir Arthur Nicolson statt, da Staatssekretär Grey noch nicht nach London zurückgekehrt ist.

Das türkenfeindliche England.

Konstantinopel, 27. Februar. In einer Besprechung der Frage der Inseln betont der „Tanin", daß England nicht nur gemeinsam mit den anderen Großmächten, sondern auch allein durch den Vertrag von Cypern die Integrität des türkischen Reiches in Asien verbürgt habe. Da die Inseln des Archipels dem asiatischen Kontinent angehörten, so müsse England jetzt diesen Vertrag anwenden. Das Blatt weist weiter auf türkenfeindliche Kundgebungen Englands hin, wie z. B. die Entfernung der türkischen Fahne auf Kreta und ihre Ersetzung durch die griechische.

Ein österreichischer Protest gegen einen offiziösen österreichischen Artikel.

Wien, 27. Februar. Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses hat eine Resolution angenommen, worin die Befriedigung darüber ausgesprochen wird, daß Ministerpräsident Graf Stürgkh in der letzten Besprechung mit deutsch-böhmischen Abgeordneten, soweit dies die gegenwärtigen Verhältnisse gestatteten, beruhigende Mitteilungen über die auswärtige Lage machte, die auch in wirtschaftlichen Kreisen mit großer Genugtuung aufgenommen wurden; der Ausschuß bedauert, daß diese Erklärung durch eine hochoffiziöse Kundgebung (gemeint ist das Wiener „Fremdenblatt", das Organ des Auswärtigen Amtes) außerordentlich abgeschwächt worden sei, wodurch nur neue Beunruhigung in der Oeffentlichkeit wachgerufen wurde.

Der rumänisch-bulgarische Zwist.

Sofia, 27. Februar. Der rumänische Gesandte Ghika ist heute früh zur mündlichen Berichterstattung nach Bukarest abgereist.

Vom thrazischen Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 27. Februar. Ein amtlicher Kriegsbericht besagt, daß gestern bei Bulair und Tschataldscha keine Aenderung der militärischen Lage eingetreten sei. Der Feind habe Adrianopel schwach beschossen, der Artilleriekampf dauere auf allen Fronten, insbesondere auf der Ostfront, fort.

Sofia, 27. Februar. Morgen tritt die Sobranje zusammen, um die unterbrochene Tagung fortzusetzen.

Auf allen Kriegsschauplätzen sind die Operationen wegen ungewöhnlicher Fröste und wegen Unwetters eingestellt.

Die Deutschen in Adrianopel wohlauf.

Konstantinopel, 27. Februar. Nach einem Telegramm des österreichisch-ungarischen Konsuls in Adrianopel von gestern sind sämtliche dortigen Deutschen wohlauf.

Die griechischen Klöster auf dem Athos.

Athen, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Eine Abordnung von 17 griechischen Klöstern im Athosgebirge ist hier eingetroffen, um Venizelos eine Denkschrift zu überreichen. In dieser wird gegen jede Veränderung, die die jahrtausendalten kirchlichen Rechte der urgriechischen Klöster verletzen würde, Einspruch erhoben. Die griechischen Athos-Klöster verlangen Selbstverwaltung mit griechischen Behörden.

Die Reise Dschavid Beys.

Konstantinopel, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Dschavid Beys Abreise, die auf Sonnabend verschoben ist, wird Gewicht beigelegt. Es ist aber festzustellen, daß die Reise nichts mit den schwebenden politischen Fragen zu tun hat, auch gar nicht nach London, sondern nach Berlin und Paris führt.

Die rückständigen Gehälter sollen binnen einer Woche bezahlt werden, ein Monatsgehalt in Schatzscheinen.

Ein neues Mittelmeer-Abkommen.

Rom, 27. Februar. Anläßlich einer Bemerkung des „Impartial", die einen Artikel der Turiner „Stampa" für autorisiert erklärt, worin dem beabsichtigten Uebereinkommen zwischen Italien und Spanien der Zweck beigelegt wird, die Bestrebungen Frankreichs im Mittelmeer in Schranken zu halten, schreibt die „Tribuna", diese Auslegung des Uebereinkommens, über das zwischen Italien und Spanien verhandelt werde, entbehre jeder Begründung. es habe einzig den Zweck, zu erreichen, daß die beiden Mächte einander nicht hinderten, sondern im Gegenteil in Libyen und der spanischen Zone in Marokko Hand in Hand gingen. Es habe einen vorwiegend wirtschaftlichen Charakter und entspreche, wie der Minister des Auswärtigen Marquis di San Giuliano schon in der Kammer erklärt habe, dem Wunsche der beiden Nationen, ihre gegenseitige Freundschaft immer herzlicher zu gestalten.